

# Hartz IV: Neue Armut für Millionen

Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger) zu "Arbeitslosengeld II" (Alg II). Regelung ab 1. Januar 2005

## ■ Langzeitarbeitslose: (1 Jahr und länger arbeitslos)



bisher:

Alg I bis zu 32 Monate, dann Arbeitslosenhilfe (53 % Nettoverdienst)

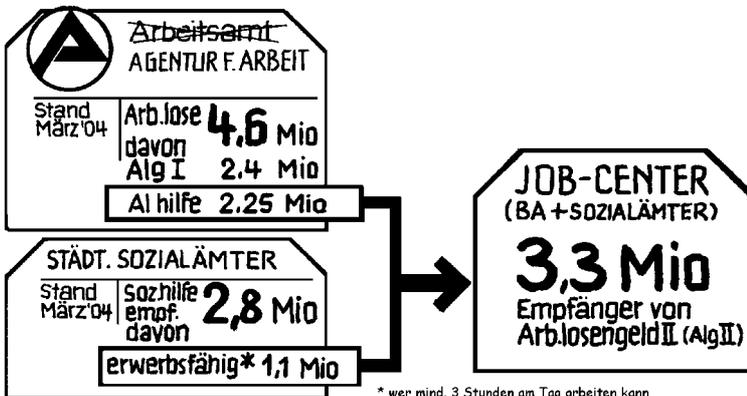
Neu-Regelung:

Alg I maximal 12 Monate (über 55-jährige: 18) dann Alg II (Pauschalen in Höhe der Sozialhilfe)

**Folge:**

Erwerbsfähige landen bereits nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfe-Niveau (Armut)

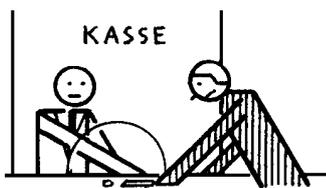
## ■ Personenkreis: Alg II-Empfänger



**Folge:**

2,25 Millionen (mit Familien ca. 4 Mio. Menschen) bisherige Bezieher von Arbeitslosenhilfe erhalten künftig bestenfalls Sozialhilfe: Zunahme von Armut und Kinderarmut

## ■ Leistungen: Regelsätze



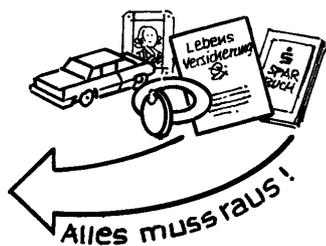
Pauschalen				
	Allein-stehende/r	Lebens-partner	jedes Kind bis 14 J.	pro Kind 15-18 J.
West	345 EUR	311 EUR	207 EUR	276 EUR
Ost	331 EUR	298 EUR	199 EUR	265 EUR
Zuschläge in den ersten zwei Jahren (Maximalbeträge)				
1. . Jahr	160 EUR	160 EUR	60 EUR	60 EUR
2. Jahr	80 EUR	80 EUR	40 EUR	40 EUR
Zusätzliche Leistungen: Miete/Heizung (Regelung vor Ort); Beiträge z. gesetzl. Kranken-, Pflege- u. Rentenversicherung				

**Folge:**

75 % der bisherigen Bezieher von Alo-Hilfe erhalten ab 1.1. 2005 weniger oder gar keine öffentliche Unterstützung.

0,612 Mio. (27 %) keine  
1,076 Mio. (48 %) geringere  
0,197 Mio. ( 9 %) gleiche  
0,364 Mio. (16 %) höhere Leistungen; Quelle: BA/BMF

## ■ Leistungsminderungen



**Lebenspartner:** Einkommen und Vermögen des Lebenspartners, der im selben Haushalt wohnt, wird stärker mit der Hilfe verrechnet als heute.

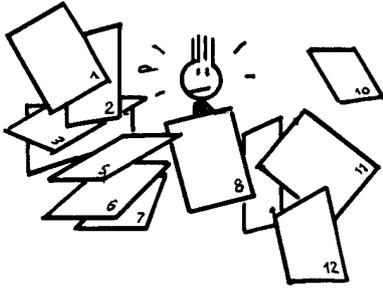
**Ersparnisse, Lebensversicherung, "Vermögen"** müssen vorher weitgehend – bis zur Schongrenze – aufgebraucht werden, bevor man Alg II erhält.

**Folge:**

Über 600.000 Menschen (mit Familien über 1 Million) erhalten dadurch überhaupt keine Unterstützung.

(Freigrenzen/Schongrenzen: Altersvorsorge: 200 Euro je Lebensjahr; "Vermögen": 200 Euro je Lebensjahr)

## ■ **Prozedur:** Finanzieller Offenbarungseid

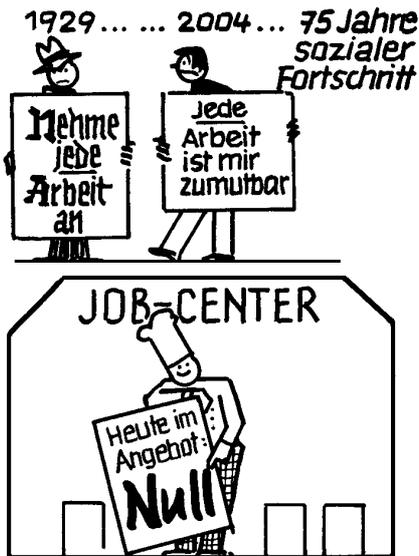


16-seitige Anträge (schwieriger als Steuererklärungen) sind genauestens auszufüllen.

### Folgen:

- Entwürdigung ("So müssen sich die Arbeitslosen ausziehen", tz München)
- Bürokratie

## ■ **Zumutbarkeit:** (als "fördern und fordern" verkauft)



**fordern:** Jede legale Arbeit ist zumutbar – auch an anderem Ort und weit unter Tarif bzw. ortsüblicher Bezahlung. Schröder: "Es gibt kein Recht auf Faulheit. Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden".

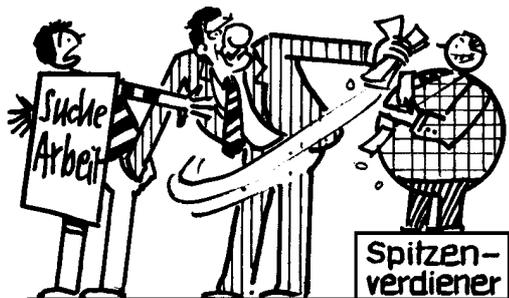
**fördern:** Angeblich Verbesserung des Service (weniger Arbeitslose pro Betreuer)

### Folgen:

- Vergeudung und Verlust von Qualifikationen
- Vergrößerung des Niedriglohnsektors ("Rutschbahneffekt")

Nützt nichts, wenn keine Stellen da sind.

## ■ **Staatliche Mittel**

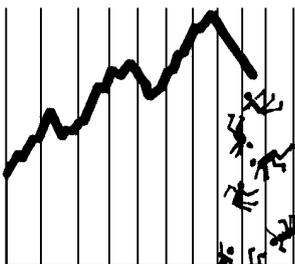


Im Jahr 2003 gab der Bund für 2,2 Millionen Arbeitslosenhilfe-Empfänger 17,6 Mrd. Euro aus. Für Alg II im Jahr 2005 sind 13 Mrd. Euro veranschlagt.

### Folgen:

- Ein Viertel weniger Mittel – obwohl die Zahl der Bedürftigen um ein Drittel höher ist (zusätzlich 1 Mio. bisherige Sozialhilfeempfänger)
- Kaufkraftverlust

## ■ **Statistik:** Immer mehr fallen raus.



Rein statistisch wird die Zahl der Arbeitslosen sinken: Wer kein Geld bekommt und auch kein Jobangebot, meldet sich nicht mehr bei der "Arbeitsagentur"

### Tatsache:

Durch die Verkürzung der Bezugsdauer beim Alg I (ab 1.1.05) auf maximal 12 Monate (18 bei über 55-jährigen) wird die Zahl der Langzeitarbeitslosen drastisch ansteigen.

alle Grafiken: isw/Bernd Bücking

isw-grafikdienst 10 "Wegweiser durch den Reform-Dschungel" (Febr. 2004, 4,50 EUR + Versand) markiert eine rote Linie durch die verabschiedeten "Reformen" auf dem Gebiet Steuern, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Renten und ordnet sie ein in den neoliberalen Generalangriff auf den Sozialstaat.

# Verelendungsgesetz

Mit Beginn des nächsten Jahres wird die soziale Spaltung in Deutschland abgrundtief. Per Hartz-IV-Gesetz werden zwei Millionen Menschen zusätzlich zur Armut verurteilt, mit ihren Familien sind es fast vier Millionen. Die Kinderarmut wird dramatisch zunehmen, schätzten die Wohlfahrtsverbände.

Gleichzeitig macht der Staat die Spitzenverdiener um etwa 4 Milliarden Euro reicher. Diesen Betrag kostet die erneute Absenkung des Spitzensteuersatzes um weitere drei Prozentpunkte auf dann 42 Prozent. Allein dadurch spart ein Einkommensmillionär fast 31.000 Euro an Steuern im Jahr (einschließlich Soli-Zuschlag). Ein Bezieher von "Arbeitslosengeld II" – schon der Name ist Augenwischerei, richtiger wäre "Sozialhilfe II" – aber kann sehen, wie er bei 4.140 Euro im Jahr (12 mal Regelsatz von 345 Euro) nicht verhungert. Und die Verarmungsspirale wird rasend beschleunigt. Von Lebensplanung keine Spur mehr. Ein Facharbeiter, Ingenieur, Softwareentwickler, ..., der heute noch in Brot und Arbeit steht, ein gutes Ein- und Auskommen hat, kann sich mit seiner Familie binnen eines Jahres im Heer der Armen und Ausgestoßenen wiederfinden. Sein Traum vom eigenen Häuschen oder Eigentumswohnung wird zum Albtraum, wenn er es noch nicht abbezahlt hat. Der Staat übernimmt höchstens die Zinsen, aber nicht die Tilgung. Also muss er es verscherbeln. Erst wenn sein Kleinvermögen (Sparkonto, Sparvertrag, Schmuck, Erbstücke, Auto, Briefmarken- und Münzsammlung ...), wofür er jahrzehntelang gearbeitet und gespart hat, bis auf eine minimale Schongrenze (200 Euro pro Lebensjahr) aufgebraucht ist, bekommt er überhaupt ein staatliches Almosen (siehe auch grafischen Überblick). Gleiches gilt für seine Lebensversicherung, die er zum Verlust bringenden Rückkaufswert veräußern muss, wenn die Freigrenze von ebenfalls 200 Euro pro Lebensjahr, maximal 13.000 Euro, übersteigt. Zudem muss sich von der Politik, die unfähig ist, Arbeitsplätze zu schaffen, auch noch verarschen und verhöhnen lassen. Jahrelang wurden die Renten gekürzt, mit der Maßgabe, jeder solle selbst für Alter und Notfälle Vorsorge treffen. Jetzt, mit Eintritt des Notfalls nimmt der Staat den Betroffenen das Ersparte weg und verordnet zum Elend der Arbeitslosigkeit auch noch die materielle Not.

Die sozialreaktionäre Bundesregierung enteignet die Kleinen Leute, weil sie an das Milliardenvermögen der Großkopfeten nicht ran will, sich nicht ran traut. Um fast 200 Milliarden Euro ist das private Geldvermögen im Krisenjahr 2003 gestiegen, meldet die Bundesbank in ihrem Juni-Bericht. Eine Steigerung um über 5 Prozent, auf die astronomische Summe von 3922 Milliarden (3,9 Billionen) Euro. Wie das Investmenthaus MerrillLynch in seinem jüngsten Welt-Reichtumsbericht ergänzend berichtet, gehören den 756.000 Euro-Millionären in Deutschland (nur Geldvermögen, wie Wertpapiere, Aktien, Barvermögen, etc.) 2.913 Milliarden US-Dollar. Das sind fast 70 Prozent des gesamten Geldvermögens in diesem Land, das der Geldadel – knapp ein Prozent der Bevölkerung – sein eigen nennt. Eine Vermögensteuer von nur einem Prozent, womit nur ein Bruchteil des jährlichen Vermögenszuwachses weggesteuert würde, brächte zusätzliche Steuereinnahmen von 29 Milliarden Dollar oder mehr als 25 Milliarden Euro. Doch die Bundesregierung nimmt das Geld den Arbeitslosen, um es unter den Reichen zu verteilen.

Fred Schmid